

kung bezieht nach einem Zitat von Calvin das Wort „sakramental“ auf die Handauflegung, die nach Paulus „Zeichen der geistlichen Gnade Gottes“ sei.

Zum sog. bleibenden Merkmal der Weihe heißt es: „Das Weiheamt (ministère ordonné) ist in seiner grundlegenden Wirklichkeit als Dienst am Evangelium, an den Sakramenten und an der Gemeinde endgültig.“ Sein Vollzug „kann für eine mehr oder weniger lange Periode unterbrochen werden, ohne daß bei der Wiederaufnahme eine Reordination erforderlich ist“. Die Weihe ist „Zeichen eines Unterschieds der Charismen zwischen dem pastoralen Dienstamt und dem Priesteramt der Getauften“.

Vorschläge an die Kirchenleitungen

Teil II formuliert in 5 Abschnitten zwei Schwierigkeiten und einige Vorschläge an die Kirchenleitungen. Die beiden Schwierigkeiten liegen für die Autoren einmal in der unterschiedlichen Interpretation und Abgrenzung (discernement) geschichtlicher Konkretisierungen der apostolischen Sukzession aufgrund der Trennung, zum andern in einer unterschiedlichen Strukturierung und Aufgliederung des Dienstamtes, wie sie sich heute auf beiden Seiten finden. Beide Schwierigkeiten erscheinen ihnen jedoch nicht als notwendiges Hindernis für eine gegenseitige Anerkennung.

Die katholischen Theologen schlagen vor: 1. eine Anerkennung der „wirklichen Dauerhaftigkeit“ (consistance réelle) des in den Kirchen der Reformation entstandenen Dienstamtes. Gott habe diesen „Gemeinschaften, die aus der apostolischen Sukzession im Glauben leben, das Dienstamt des Wortes und der Sakramente gegeben“. Dieses Dienstamt sei zwar „außerhalb der Sukzession der Bischöfe“ entstanden, könne sich aber „in einer Reihe von Fällen wenigstens auf das Zeichen einer Kontinuität im Priesteramt stützen“. Eine Fußnote erläutert hierzu, daß übergetretene katholische Priester — aufgrund einer damaligen theologischen Lehrmeinung — Pastoren ordiniert hätten. Um diese Anerkennung zum Abschluß zu bringen und das Dienstamt bei ihren Gläubigen rechtmäßig zu machen, sei es Aufgabe der Bischöfe, dieses an das ordentliche Zei-

chen der apostolischen Sukzession zurückzubinden.

Die protestantischen Autoren schlagen ihrer Kirchenleitung die volle Anerkennung des „Dienstamtes des Wortes und der Sakramente“ in der katholischen Kirche vor. Sie sollte auf der Grundlage dieser Übereinkunft die katholischen Amtsträger bei ihren Gläubigen für amtsbefähigt erklären. Sie halten aber daran fest, daß in den reformatorischen Kirchen die „Fülle des Zeichens“ der apostolischen Sukzession fehle und daß diese wiedererlangt werden müsse.

Abschnitt 4 bringt den gemeinsamen Vorschlag, den Akt der gegenseitigen Anerkennung des Dienstamtes (réconciliation des ministères) in Form einer *gegenseitigen Handauflegung* zu vollziehen, die unter Anrufung des Geistes auf den Auftrag zur Mission hingeordnet wäre. Den Autoren war auch bewußt, daß die Frage der gegenseitigen Anerkennung des Dienst-

Mobilisierung traditionalistischer Kräfte im spanischen Klerus

Im Mittelpunkt unserer letzten Berichte über das kirchliche Leben in Spanien stand die Reformbewegung in der spanischen Kirche und das Vordringen reformwilliger Kräfte in der Kirchenführung. Jetzt, ein Jahr nach der aufsehenerregenden „Gemeinsamen Tagung von Priestern und Bischöfen“ (Asamblea conjunta) (vgl. HK, Dezember 1971, 562) wartet man immer noch vergeblich darauf, daß die umstrittenen Beschlüsse dieser Versammlung in die Praxis umgesetzt werden.

Konkordatsverhandlungen stocken

Ergebnislos verliefen bisher auch die Konkordatsverhandlungen zwischen der spanischen Regierung und dem Vatikan. Die von der *Asamblea conjunta* im Geist des II. Vaticanums geforderte „freundschaftliche Trennung zwischen Staat und Kirche unter beiderseitigem Verzicht auf alle Privilegien“, wie sie dann auch von der Regierung aufgegriffen wurde, ist nach wie vor schwer zu verwirklichen.

Die Vertreter der Regierung und der regierungsfreundlichen Presse ma-

amtes noch „unmittelbarer die Frage des Dienstamtes der Einheit der Gesamtkirche“ berührt. Damit will man sich in Zukunft befassen und, wenn möglich, auch orthodoxe Theologen hinzuziehen. Die Verfasser glauben, mit diesen Vorschlägen zur Lösung drängender pastoraler Probleme (z. B. in Diasporasituationen und in der Mischehenseelsorge) beizutragen.

Zweifellos bedeuten diese „Elemente der Übereinstimmung“ in der theologischen Reflexion einen guten Schritt nach vorn, der weitere Klärungen provozieren kann. Dennoch können die Autoren wohl nur auf eine sehr langfristige Rezeption ihrer Vorschläge hoffen; denn bestimmte, bisher mehr tradierte als allseitig begründete theologisch-lehramtliche Positionen — z. B. die sog. „ontologische“ Wirklichkeit des mit der Weihe verliehenen *bleibenden Merkmals* — scheinen nicht klar genug ausgesagt.

chen die kirchliche Seite für das Stocken der Verhandlungen verantwortlich. So machte erst jüngst der spanische Botschafter beim Vatikan, *A. Garigues*, der demnächst abberufen werden soll (vgl. La Croix, 12. 10. 72), darauf aufmerksam, der *Vatikan* wersetze sich der Formel des beiderseitigen Verzichts: von staatlicher Seite Verzicht auf das Ernennungsrecht von Bischöfen (nach einem vom Vatikan präsentierten Dreivorschlag); von kirchlicher Seite Verzicht auf Privilegien (Steuerfreiheit, Freiheit der Priesteramtskandidaten vom Militärdienst) und privilegierende Zuwendungen (Finanzierung von Seminaren und anderen kirchlichen Bildungsstätten, Zuwendungen an den Klerus, gegenwärtig in Höhe von 3 Milliarden Pesetas).

In Wirklichkeit zögert nicht nur der Vatikan, sondern auch die *spanische Regierung*; weniger zwar mit einer Änderung des Konkordats, wohl aber mit einer tiefer gehenden Distanzierung zwischen Kirche und Staat. Sie möchte einerseits die politische Stellung einer Kirche, in der sich immer mehr Kleriker und auch Bischöfe kritisch gegenüber der

Staatsgewalt verhalten, nicht durch eigene Subsidien übermäßig stärken. Sie möchte aber wegen des notwendigen Rückhalts im Volk die moralische Unterstützung durch die Kirche nicht völlig verlieren.

Die spanischen Bischöfe sind in ihrer Mehrheit für eine größere Distanzierung zur staatlichen Macht und für eine gründliche Revision der vertraglichen Regelungen, sind sich aber über den einzuschlagenden Weg und die anzuzielenden konkreten Lösungen uneins. Der Konkordatsentwurf vom Juli 1970 sah für Bischofsernennungen vor, was auch im Verhältnis zu den Regierungen anderer Staaten die Regel ist: die Möglichkeit eines staatlichen Vetos im Falle von politischen Bedenken. Aber mehr als zwei Drittel der Bischöfe lehnten diese Formel ab. Die Mehrheit von ihnen wünschte eine radikalere Trennung, zögert aber ihrerseits, den Schritt zu forcieren — nicht zuletzt wegen der kurzfristig schwer zu verkraftenden finanziellen Einbußen. Inzwischen fordert man kirchlicherseits den einseitigen Verzicht des Staatsherrn auf die Ernennung von Bischöfen oder versucht dieses Recht (das nur für residierende Bischöfe gilt) durch Umbesetzungen und durch Ernennung von Weihbischöfen zu umgehen (vgl. HK, Januar 1972, 10). Der Staat seinerseits stichelt durch Verweigerung bestimmter Zuwendungen, wie neulich gegenüber einem Priesterseminar mit dem Hinweis, dieses sei so gut wie leer.

Mit der Konkordatsfrage hat sich in diesen Wochen die Hauptkommission der Bischofskonferenz von neuem zu befassen, da unter anderem die neuerliche Ernennung von drei Weihbischöfen in Madrid und die Berufung eines wenig francofreundlichen Weihbischofs in San Sebastián wieder zu heftigen öffentlichen Diskussionen geführt hat. Dennoch ist sich eine breite spanische Öffentlichkeit im Prinzip darüber einig, daß, wie jüngst die große spanische Tageszeitung „La Vanguardia Española“ schrieb, Kirche und Staat heute „eine freundschaftliche, aber gut definierte Trennung“ brauchen.

Priesterkongreß ohne Bischöfe

Ganz anderer Meinung waren die 1000 Teilnehmer eines „Internationalen Priestertreffens“, das von der konservativen, dem Faschistenführer

Blas Pinar nahestehenden *Spanischen Priesterbruderschaft* (Hermandad Sacerdotal Española) vom 26. bis 28. September in Zaragoza veranstaltet wurde. In einer gemeinsamen Erklärung verband die Versammlung ihr Bekenntnis zu Papst und Kirche sowie ein traditionalistisches Verständnis des Priesteramts, das jede Art von sozialem oder politischem Engagement ausschließt, mit der Absage an den von den Bischöfen verfolgten gemäßigten Reformkurs (vgl. ABC, 29. 9. 72). Die Versammlung gab deutlich zu verstehen, daß die vom spanischen Episkopat angesteuerte Trennung der „Ehe von Thron und Altar“ für sie unannehmbar erscheint. Die Versammlung betonte indessen ihre „uneingeschränkte Übereinstimmung“ mit dem seinerzeit aufsehenerregenden „Dokument“ der römischen Kleruskongregation, das Anfang März den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal *Enrique y Tarancón*, auf merkwürdigen Umwegen erreichte und eine als „von höchster Autorität“ ausgegebene scharfe Kritik an der *Asamblea conjunta* beinhaltete (vgl. HK, April 1972, 204).

Schon damals war eine gewisse Polarisierung unter den Bischöfen und im spanischen Klerus sichtbar geworden. Diese hat sich mit dem Priestertreffen in Zaragoza verschärft. Dies zeigt die Vorgeschichte dieses Treffens und die Haltung der Hierarchie diesem gegenüber. Die Tagung fand nicht das erhoffte internationale Echo. Zwar waren unter den Teilnehmern einige Deutsche, Engländer, Österreicher, Schweizer und eine größere Gruppe gleichgesinnter französischer Priester, aber die als Redner angekündigten geistlichen Würdenträger aus Spanien und dem Ausland blieben aus, mit Ausnahme eines resignierten spanischen Bischofs aus Peru, der gegenwärtig in Spanien lebt. Dies war die Folge einer *Erklärung der ständigen Kommission der spanischen Bischofskonferenz*, in der betont wurde, daß „der spanische Episkopat diese Versammlung weder unterstützt noch autorisiert“ habe. Der angekündigte päpstliche Segen blieb aus, ebenso unterblieb auf Weisung des Staatssekretariates die Teilnahme römischer Kurienkardinäle (vgl. ABC, 15. 9. 72). Das Telegramm der Versammlung an Papst Paul blieb ohne Antwort, und die wenigen mit der Bruderschaft offen sympathisierenden Bischöfe

mußten von der Teilnahme an dem Treffen absehen. Auch Erzbischof *P. Cantero-Cuadrado*, bekannt durch seine regierungsfreundliche Einstellung, die ihn noch kürzlich gehindert hatte, den angebotenen Sitz in den Cortes auszuschlagen, der zunächst seine ausdrückliche Einwilligung zu der Tagung gegeben hatte, zog vor, sich von dem Priestertreffen fernzuhalten. Weihbischof *Guerra Campos* von Madrid sandte der Versammlung jedoch ein Sympathie-Telegramm, in dem er sein unfreiwilliges Fernbleiben bedauerte und die im letzten Moment durch „undurchsichtige Maßnahmen“ (der Bischofskonferenz), die er als „am Rande des Rechts“ bezeichnete, entstandenen Schwierigkeiten hervorhob. Der Madrider Weihbischof, dessen Sympathien gegenüber dem Franco-Regime ebenso sprichwörtlich sind wie sein traditionalistisches Kirchenverständnis, der aber in der Erzdiözese Madrid keine Leitungsfunktionen mehr ausübt, ermunterte die Teilnehmer: „Vergeltet nicht Böses mit Bösem, besiegt das Schlechte durch Gutes, die Wahrheit wird Euch freimachen, aber verkauft sie nicht für ein Linsengericht“ (nach ABC, 27. 9. 72).

Dieses Telegramm dürfte immerhin ein Indiz dafür sein, daß der „Priesterbruderschaft“ als konservativer Kraft im spanischen Klerus trotz Mißbilligung der Tagung durch den Vatikan und die Bischofskonferenz und trotz der Klagen, wie sie immer wieder unter den Teilnehmern laut wurden — „Wir sind wie das Alte Testament: man hält uns nicht mehr für katholisch!“ oder „Aus den Hirten, die wir waren, hat man Schafe gemacht, die zur Schlachtbank geführt werden sollen!“ (vgl. La Croix, 2. 10. 1972) —, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommt. Sie kann immerhin mit der Unterstützung durch eine, wenn auch kleine Gruppe spanischer Bischöfe rechnen; ihr besonderes Gewicht jedoch erhält sie durch kirchenfremde Einflüsse, durch ihre engen Bindungen an ultrarechte Sektoren des spanischen Regimes. Die im vergangenen Jahr von der Gegenseite aufgestellte Behauptung, die „Bruderschaft“ werde von Kreisen der an der Rückkehr zur Demokratie desinteressierten Industrie finanziell gefördert, ist bisher nicht dementiert worden (vgl. KNA 30. 9. 72). Politische Einflüsse überschneiden sich bei ihr deutlich

mit religiösen Anliegen. Die Bruderschaft, die nach Ansicht von Kardinal V. Enrique y Tarancón (vgl. KNA 18. 9. 72) mit dem Treffen von Zaragoza unter dem Anschein des Rechtes versucht habe, eine Trennung der Priester von der Hierarchie zu provozieren, was als höchst gefährlich zu bewerten sei, dürfte den spanischen Episkopat in nächster Zukunft noch vor manchen Problem stellen. Es ist auch nicht zu übersehen, daß sich in den letzten Monaten auch innerhalb des Episkopats selbst eine stärkere Polarisierung abzeichnet. Ein Teil der Bischöfe gruppiert sich, ohne daß eine direkte Liaison mit der Bruderschaft bestünde, um den neuen spanischen Primas, Erzbischof J. González Martín von Toledo, dessen eigentliche Rolle erstmalig in der Intrige um das vorhin erwähnte „römische Dokument“ klarer geworden war und der erst kürzlich in einem Vortrag im Rahmen einer theologischen Woche in Toledo der traditionellen Perspektive Ausdruck gab, aus der er mit Sorge die kirchliche Situation in Spanien betrachtet (vgl. ABC 3. 9. 72).

Die Sorgen des Primas

Erzbischof González formulierte damals diese seine Sorge in sieben Punkten:

1. Anstelle der Unterordnung unter das kirchliche Lehramt träten Gruppen von Theologen, die „sich alle Freiheiten erlauben“ würden.
2. Die Hierarchie sei unter sich uneins geworden. Sie werde dadurch behindert, die Grenze zwischen Tolerierung und Verbot klar zu ziehen.
3. Spaniens Kirche sei von einem „Inferioritätskomplex“ gegenüber

den anderen Kirchen in Europa heimgesucht. Dies führe zu einer bedauerlichen Überempfindlichkeit im Bereich der Doktrin und der Pastoral.

4. Es zeichne sich eine Schwerpunktverschiebung des Glaubens auf die Inkarnation ab. Das führe einmal zur Politisierung kirchlicher Arbeit, zum ändern aber auch wiederum zu einem „desinkarnierten Spiritualismus“, der unfähig zur Verkündigung sei.

5. Man lasse sich leichtsinnig von der nachkonziliaren Entwicklung treiben und wolle alles auf einmal reformieren, ohne auf die Gesetze der Tradition Rücksicht zu nehmen.

6. Es herrsche Konfusion in den Fragen der Beziehungen Staat—Kirche, die ohne Rücksicht auf die konkreten spanischen Verhältnisse aus dem angestammten „rechtlich-soziologischen“ Zusammenhang gerissen würden.

7. Unter ständiger Berufung auf die Freiheit und die Würde der Person werde die Klarheit der Lehre geopfert. Man huldige einem religiösen Feuilletonismus, der mehr für einen christlich gefärbten sozialen und musischen Humanismus als für eine „liebvolle und bewußte Bewahrung des Glaubens“ taue.

Der Erzbischof von Toledo, der, offenbar seine Ehrenstellung als Primas nutzend, sich in den letzten Monaten deutlich als ein Antipode des reformfreundigen Vorsitzenden der Bischofskonferenz herauskristallisiert hat, meinte, das Konzil habe „keinen neuen Baum gepflanzt“, sondern eine „neue Agrartechnik“ entwickelt mit veränderten Bodenverhältnissen. Jetzt aber seien viele Leute desorientiert, weil ihnen die rechte Nahrung fehle.

Wie lebt der ungarische Klerus?

Aus ungarischen kirchlichen Kreisen gelangen aufgrund einer falsch verstandenen Imagepflege nur selten Selbstdarstellungen eigener Probleme zur Publikation. Das dürfte mit ein Grund dafür gewesen sein, daß ein Bericht des Budapest Theologieprofessors T. Nyiri in der in Budapest erscheinenden theologischen Zeitschrift „Teológia“ (Heft 3, 1972) über das Leben des katholischen Klerus in Ungarn großes Interesse hervorgerufen hat. Die Meldung verdient auch wegen ihrer schonungslosen Offen-

heit und ihrer Besorgnis Beachtung. Der Verfasser stellt einleitend fest, daß das Leben des Klerus in Ungarn von drei Faktoren entscheidend mitbestimmt wird: von den Impulsen, die im Konzil ihren Ursprung haben, von den gesellschaftlichen Veränderungen innerhalb des Landes und von den überall auftretenden Meinungsverschiedenheiten und Interpretationskonflikten zwischen jenen Gruppen im Klerus, welche kirchlichen Reformen in Anpassung an die heutigen Verhältnisse aufgeschlossen

gegenüberstehen, und jenen, welche ihre Identität, wie sie sie bisher verstanden haben, auch weiter verteidigen wollen. Die Analyse selbst stützt sich auf eigene und fremde Erfahrungen und umfaßt sechs Punkte: die nachkonziliare theologische Erneuerung, Glaubens- und Seelsorgsprobleme, den Zölibat, die Stellung des Priesters in der Gesellschaft und die Frage Kirche und Säkularisierung.

Theologische Erneuerung nicht sehr gefragt

Die Bestimmungen des Konzils werden, so stellt der Bericht fest, von 15 bis 20% des ungarischen Klerus als zu progressiv eingestuft. Sie seien nach Ansicht dieser Gruppe für die im heutigen kirchlichen Leben feststellbare Unsicherheit und Unruhe verantwortlich. Etwa die gleiche Anzahl von Priestern hält die Konzilsbeschlüsse jedoch für ausgesprochen gut und nützlich. Diese sich widersprechende Einschätzung, die für das kirchliche Leben nicht wenig Konfliktstoff bedeutet, könne sich freilich kaum auf gründliche Kenntnisse stützen. Denn nur 15 bis 20% der Seelsorger hätten die Konzilsdokumente gelesen und etwa die gleiche Zahl kenne maximal die Hälfte der Konzilsbeschlüsse aus eigener Erfahrung. Alle anderen bezögen ihr Wissen aus zweiter Hand.

Unter den ungarischen Geistlichen sei durchaus die Einsicht vorhanden, daß eine theologische Weiterbildung notwendig ist. Sie würden jedoch nur wenig Zeit dafür aufwenden. Die Gruppe derer, die täglich eine Stunde oder mehr ihrer Weiterbildung bzw. dem Studium theologischer Literatur widme, mache kaum 20% aus; die Hälfte der Geistlichen verwende in der ganzen Woche dafür — einschließlich der Predigtvorbereitung — nur zwei bis drei Stunden. Priesterliche Rekolektionen würden nur unregelmäßig abgehalten, die Vorträge seien selten zeitgemäß. Etwa die Hälfte der Seelsorger finde eine Teilnahme an ihnen unbequem. Sie lehnen ein Neudurchdenken theologischer Probleme von vornherein ab.

Nyiri weiß aber auch Positives über die theologische Erneuerung zu berichten. „Ein Teil der Seelsorger beschäftigt sich ernsthaft mit den religiösen Schwierigkeiten des heutigen